

KINDERZUSCHLAG: PARITÄTISCHER MAHNT GERECHTIGKEIT FÜR FAMILIEN AN

04. Februar 2014

(Berlin) Als richtigen armutspolitischen Schritt unterstützt der Paritätische Wohlfahrtsverband den Vorschlag von Bundesfamilienministerin Schwesig, den Kinderzuschlag für Familien mit geringem Einkommen zu erhöhen. Zugleich fordert der Verband jedoch eine deutliche Kindergelderhöhung, um die soziale Schieflage in der Förderung von Spitzenverdienern und Normalverdienern mit Kindern endlich zu beseitigen.

„Wir begrüßen, dass die Familienministerin bei der anstehenden Erhöhung des Kinderfreibetrages im Steuerrecht auch Familien mit sehr geringem Erwerbseinkommen im Blick behält. Die vorgesehene Erhöhung des Kinderzuschlags um 20 Euro ist als ein erster Schritt sachgerecht und konsequent“, betont Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen.

Kritisch weist der Verband jedoch darauf hin, dass sich ohne weitere flankierende Maßnahmen die Schieflage in der Familienförderung durch die Anhebung des steuerlichen Existenzminimums verschärfen werde. Spitzenverdiener mit Kind würden künftig um monatlich 280 Euro entlastet, während Eltern mit mittlerem Einkommen nur 184 Euro Kindergeld bekämen und arbeitslose Eltern ganz leer ausgingen, da das Kindergeld mit den Hartz-IV-Leistungen verrechnet wird.

„Wir müssen die gesamte Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen. Gerade die ärmsten Familien brauchen unsere finanzielle Unterstützung. Und auch für viele Familien mit mittlerem Einkommen ist es schon heute nicht einfach, über den Monat zu kommen. Wer Spitzenverdiener entlastet, muss zwingend auch das Kindergeld erhöhen. Alles andere ist sozial ungerecht und den Menschen im Übrigen auch nicht zu vermitteln“, so Ulrich Schneider.

Für Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling

Pressesprecherin

Der Paritätische Gesamtverband

Oranienburger Str. 13-14, 10178 Berlin

Tel.: 030 - 24636 305 / Fax: 030 - 24636 110

eMail: [pr\(at\)paritaet.org](mailto:pr@paritaet.org)